
Aufhebung des Ausnahmezustands in Karl-Marx-Stadt

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. Am 25. Juni informierte die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt die Kreisdienststellen darüber, dass der zuvor von der sowjetischen Militäradministration verhängte Ausnahmezustand aufgehoben wurde.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Beginn der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Während in anderen Regionen in Sachsen hunderte Betriebe bestreikt wurden, kam es im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 17. Juni 1953 zu weitaus weniger Streiks und Demonstrationen. Dabei war es bereits Ende Mai in der Stadt zu mehreren Streiks in größeren Betrieben gekommen, die bis zum 15. Juni immer wieder in unterschiedlicher Intensität aufflammten. So legte am 1. Juni im VEB NAGEMA ein Viertel der 1.600 Beschäftigten für acht Stunden die Arbeit nieder. Diesem Streik schlossen sich am 2. Juni 120 und am 3. Juni 150 Arbeiter des Schleifmaschinenwerks an, die für etwa zwei Stunden die Arbeit ruhen ließen.

Am 17. Juni kam es schließlich in den Betrieben VEB Vereinigte Gießereien, VEB Textima, Büromaschinenwerk und im VEB Schleifmaschinenbau zu Streiks. Im Stadtgebiet verteilten Protestierende Flugblätter und brachten Parolen an Häuserwänden an, die zum Sturz der Regierung aufriefen. Weitere Forderungen der Streikbewegung waren neben der Rücknahme der Normenerhöhung freie Wahlen, eine Freilassung politischer Häftlinge und die Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlicher Kriegsgefangener.

Die sowjetische Militäradministration verhängte am 17. und 18. Juni über 167 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR den Ausnahmezustand. Am 25. Juni meldete die MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt den Kreisdienststellen, die Aufhebung des Ausnahmezustandes am Tag zuvor und wies die eigenen Mitarbeiter an, "Ordnung und Sicherheit mit eigenen Kräften aufrechtzuerhalten".

Signatur: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 302, Bl. 2

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Datum: 25.6.1953
Marx-Stadt Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument



Aufhebung des Ausnahmezustands in Karl-Marx-Stadt

Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch

Nr.	Angenommen	weiter an	Datum	Zeit	durch wen	Aufgenommen	Rang- zeichen:	
	439	durch						von
		am						durch
		Uhrzeit						am Zeit

Karl-Marx-Stadt den 25. Juni 1953

Absender: Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt - Einsatzleitung -
An: alle Kreisdienststellen - Leitung -

BStU
00002

Betreff: Aufhebung des Ausnahmezustandes.
Bezug: Gegebene Anweisung.

Am 24.6.1953 24,00 Uhr wird in der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt der Ausnahmezustand aufgehoben.

Es wird angewiesen:

Nach Abzug der sowjetischen Truppen ist die Ordnung und Sicherheit mit eigenen Kräften aufrechtzuerhalten. Deshalb ist nach Aufhebung des Ausnahmezustandes in dem jeweiligen Kreis mit der VP und Partei diesbezüglich in Verbindung zu treten.

Der bisherige Dienst 50 % zu 50 % kommt in Wegfall. Es muß aber die Sicherheit der Dienststelle gewährleistet sein.

Zwei operative Mitarbeiter haben in der Nacht in Bereitschaft in der Dienststelle sich zu befinden. Alle anderen Genossen sind verpflichtet, sich in ihren Wohnungen aufzuhalten.

(S c h n e i d e r)
Ltr.d.Bez.Verwaltg.
Oberstleutnant

Text nicht über den Rand schreiben

(87/11) 8166 1. 53
21 596

Signatur: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 302, Bl. 2

Blatt 2

